

Er scheint einmal wieder, mit Illustr. und Beilagen, „Welt und Welt“ und der Kinderbeilage „Für unsere kleinen Leute“, sowie den Zeitbeilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Die praktische Hausfrau“, „Tausende Reich“, „Monatlicher Bezugspreis Ausgabe A mit St.-Demos-Blatt A 2,70 Ausgabe B ohne St.-Demos-Blatt A 2,30 Heftnummer 10 4 Sonntags- u. Feiertagsnummer 20 4. Hauptverleger: Dr. G. Weizsäcker, Dresden.

Mittwoch, den 3. August 1932

Verlagsges. Dresden

Verlagspreis: Die Jahrgangsbillette 20 4, Familienanzahlige u. Stellenbillette 20 4. Die Postverrechnung ist an den Besteller zu leisten. Die Abrechnung der Postverrechnung erfolgt im Laufe des Monats. Die Postverrechnung erfolgt am 1. August. Die Postverrechnung erfolgt am 1. August. Die Postverrechnung erfolgt am 1. August.

Sächsische Volkszeitung

Verlagsstelle, Druck und Verlag: Germania, Buchdruckerei und Verlag Dresden-N. 1, Poststr. 17. Fernruf 21 012, Postfach 1025, Dresden. Sächsische Volkszeitung Dresden Nr. 94787.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Nord 1, Poststraße 17, Fernruf 20711 und 21 012.

Wird Papen gestürzt?

Nationalsozialisten und Bayerische Volkspartei für parlamentarische Mehrheitsregierung

So denken die Parteien

Stellungnahme der BVP.

München, 2. August (E. M.)

Der Parteivorstand der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, erklärt eine Rundgebung, in der es u. a. heißt: Mit Stolz und Befriedigung schaut die Bayerische Volkspartei auf den 31. Juli 1932 zurück. Am Kampfe erkrankt und mit jungem Leben erfüllt geht sie an die Arbeit von morgen und übermorgen. Der Volkswille hat gesprochen. Wir wollen, daß dieser Volkswille beachtet wird. Er hat Adolf Hitler nicht zur Diktatur ermächtigt, aber die Verantwortung zum sich einordnenden Dienst an Recht und Verfassung gewiesen. Die Regierung hielt es für notwendig, den Volkswillen zu hören. Wir erwarten, daß die Regierung das Votum des Volkes rechtlich vollstreckt.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zum Ergebnis der Reichstagswahl u. a.:

Der Wille der Nation hat so den Nationalsozialisten eine wichtige Rolle bei der zukünftigen Regierungsbildung zugewiesen. Er hat aber sich ebenso klar und deutlich dafür ausgesprochen, daß das deutsche Volk nicht daran denkt, alle Macht an Hitler zu übertragen.

Für die nationalsozialistische Bewegung ist somit die Stunde gekommen, sich einzufügen und einzuordnen und damit ihren Traum auf eine Parteibildung zurückzugeben. Nur dann besteht Aussicht, daß die Kräfte der unerschütterlichen Mitte für eine Mehrheitsbildung im neuen Reichstag gewonnen werden können.

Die Augsburger Postzeitung meint, die Parteien aus dem Wahlkampf hervorgegangenen Parteien würden sehr gewissenhaft die Kräfte prüfen müssen, ob eine Koalition mit den Nationalsozialisten möglich sei. Die Existenzgrundlage der Reichsregierung sei der arbeitunfähige Reichstag, ihr staatsrechtliches Rückgrat das Vertrauen des Reichspräsidenten, ihre parteipolitische Garantie das Wohlwollen der Nationalsozialisten. Das Blatt glaubt nicht, daß eine derartige Reichsregierung sich nach einer Koalition sehne.

Ob aber die Freundschaft der Nationalsozialisten auch nach den Wahlen noch über dem Haupt von Papens leuchten wird, sei recht ungewiß.

Goebbels will die Macht

Kom, 2. August. (E. M.) „Messagero“ veröffentlicht heute eine Unterredung seines Berliner Vertreters mit Dr. Goebbels, der die Überlassung der Regierungsgewalt an die Nationalsozialisten

als die einzige Möglichkeit (?) bezeichnet. Es wäre ein Verbrechen gegen das deutsche Volk und das deutsche Vaterland, sagte Dr. Goebbels, wollte man die Nationalsozialisten an der

Übernahme der Regierungsverantwortlichkeit verhindern. Die Nationalsozialisten seien bereit zur Übernahme der Regierung, und es bleibe nichts anderes übrig, als ihnen den Weg freizugeben. Die künftige Haltung der Partei hänge von Adolf Hitler ab, in den die Partei volles Vertrauen setze.

München, 2. August. (E. M.) Die Nationalsozialistische Korrespondenz schreibt heute zum Wahlausgang, der NSDAP, stünde mit 230 Mandaten nun die politische Führung im Reich zu. Dieser Tatsache dürfe sich niemand verschließen, der an einer „parlamentarischen“ Abwicklung der Systemhinterlassenschaft mitwirken wolle.

Die Stellungnahme des nationalsozialistischen Parteiführers Goebbels, der die Macht allein für die Nationalsozialisten fordert, steht ebenso wie die Erklärung des Führers der Bayerischen Volkspartei, der für ein Kabinett unter nationalsozialistischer Führung eintritt, in Widerspruch zu der Auffassung, die der Reichskanzler in seinem von uns an anderer Stelle wiedergegebenen Interview zum Ausdruck gebracht hat. Die Reichsregierung will vor den Reichstag treten, will ihr Programm darlegen und abwarten, welche Stellung der Reichstag dazu einnehmen wird. Wenn die NSDAP, und die Bayerische Volkspartei bei der Stellungnahme bleiben, die Dr. Goebbels und Staatsrat Schäffer jetzt eingenommen haben, dann ist nicht abzusehen, wie eine Mehrheit für die Regierung zustandekommen sollte. Ganz so glatt, wie es sich Herr von Papen offenbar vorstellt, werden also im neuen Reichstage die Dinge für die jetzige Reichsregierung sich nicht entwickeln. Selbstverständlich wäre es auch noch völlig verfrüht zu erörtern, welche Möglichkeiten sich ergeben würden, falls die Regierung Papen durch den Reichstag gestürzt würde. Mit einem Zusammentritt des neuen Reichstages ist jedenfalls erst am Ende dieses Monats zu rechnen.

Die Taktik der SPD.

Ein Artikel Böbes.

Berlin, 2. August. (E. M.) Reichstagspräsident Böbe beschäftigt sich im „Vorwärts“ mit der Frage, ob der neue Reichstag lebensfähig ist. Ohne Zentrum und Bayern, so führt Böbe aus, ist eine parlamentarische Regierung nicht möglich. Für die Sozialdemokratie ergibt sich eine klare Lage: Wir werden der Mehrheit des Reichstages, die das Wort „sozialistisch“ im Mund geführt hat, die

praktischen Vorschläge zur Behebung der Krise unterbreiten und erproben, wie weit sie gewillt ist, die dem Volke gegebenen Versprechungen zu erfüllen. Jeder Anschlag auf die Staatsbürgerrechte des Volkes aber wird unsere energische Abwehr finden.

Und so die Regierung

Erklärungen Papens

Berlin, 2. August.

Der Reichskanzler gewährte dem Vertreter der „Associated Press“, Louis P. Cochner, ein Interview, in dem er rundweg und unzweideutig erklärte,

seine Regierung beabsichtige keinesfalls, sich um die Bildung einer Koalition im Reichstage zu bemühen, die zur Unterstützung der Reichsregierung auf die Parteien angewiesen ist, aus denen sie sich zusammensetzt.

Der Reichskanzler erklärte dann: Wenn die Wahl überhaupt eine besondere Bedeutung gehabt hat, dann besteht diese darin, daß das deutsche Volk das Bestreben der Regierung gutgeheißen hat, das Land von der Parteikontrolle zu befreien. Was wir verlangen, ist, daß unser Bemühen,

Deutschland von seinen Schwierigkeiten zu befreien, gebuhlet werde.

„Meine Kollegen und ich wollen mit unserem Programm aufbauenden Strebens vor den Reichstag treten und seine Mitglieder vor die Entscheidung stellen, ob sie uns angesichts des dringenden Bedarfs nicht obliegen, unparteilicher Arbeit aus dem Sattel zu werfen wollen.“

Der Gedanke an die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums schien den Reichskanzler, wie der Vertreter der „Associated Press“ bemerkte, vollkommen unberührt zu lassen.

Wie man weiter hört, beabsichtigt die Reichsregierung, dem neuen Reichstag ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen, das ihr für die nächsten Monate freie Hand gibt. Es darf nach den von uns wiedergegebenen Erklärungen der NSDAP, und BVP, mindestens als fraglich gelten, ob die Regierung für ein solches Ermächtigungsgesetz im Reichstag eine Mehrheit erhalten wird.

Ignaz Seipel †

Wien, 2. August. Der frühere Bundeskanzler Dr. Seipel, der seit 3 Wochen im Sanatorium Waldrieden zur Erholung weilte, ist heute früh um 11 1/2 Uhr im 56. Lebensjahre gestorben. Nachdem im Anfang eine Besserung seines Zustandes eingetreten war, hatte sich sein Befinden in der letzten Zeit bedeutend verschlechtert.

Dr. Seipel litt seit langem an einer schweren Zuckerkrankheit, zu der vor etwa 1 1/2 Jahren nach einer Grippe ein Lungenleiden trat, das sich immer mehr ausbreitete. Auf Dr. Seipel war 1921 ein Anschlag verübt worden. Die Revolverkugel, die ihn damals traf, war in die Brust eingedrungen und konnte der Zuckerkrankheit wegen nicht entfernt werden. Diese drei Umstände wirkten zusammen und führten schließlich zu seinem Tode herbei.

Mit Dr. Ignaz Seipel verliert Deutsch-Österreich wohl den bedeutendsten politischen Führer, den es seit dem Zusammenbruch der Donaumonarchie gehabt hat. Die deutschen Katholiken im Reich trauern mit ihren österreichischen Stammesbrüdern um diesen großen Staatsmann, der für sein Land in schwierigster Zeit außerordentliches geleistet hat.

Prälat Seipel ist nur 56 Jahre alt geworden. Er war 1876 in Wien geboren worden, hatte sich dem theologischen Studium zugewandt, 1899 in Wien die Priesterweihe empfangen und 1903 die Würde eines Dr. der Theologie erhalten. 1908 wurde er Privatdozent für Moralphilosophie an der Wiener Universität, 1909 ordentlicher Professor derselben Faches in Salzburg. 1917 erregte sein Werk „Gedanken zur österreichischen Verfassungsreform“ Aufsehen. Man berief ihn an die Universität Wien. In Wien nahm er bald in der Christlich-Sozialen Partei starken Einfluß. Kurz vor dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie trat er als Minister für soziale Fürsorge in die letzte K.u.K.-Regierung des Kabinetts Lammasch ein. 1919 wurde er in die deutsch-österreichische Nationalversammlung gewählt. 1921 wurde er Obmann der Christlich-Sozialen Partei. In dieser Stellung nahm er führenden Einfluß auf die Politik aller nichtsozialistischen Kabinette, die Österreich seitdem gehabt hat.

Während der schweren finanziellen Krise Deutsch-Österreichs im Jahre 1922 übernahm Seipel das Bundeskanzleramt. Er trat seine Reise nach Prag, Berlin und Verona an, deren Ergebnis war, daß Österreich die vorher abgelehnte finanzielle Hilfe doch erhielt. Seipel hatte das dadurch erreicht, daß er Italien eine Währungs- und Zollunion angeboten hatte. Die Folge war, daß der tschechoslowakische Außenminister Beneš die Initiative zur Sanierung Österreichs ergriff, um die Ausdehnung der italienischen Macht nach Norden zu verhindern. Das Genfer Protokoll vom 4. 10. 1922 legt diese finanzielle Sanierung und die politische Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs fest. — Das Attentat, das am 1. Juni 1921 der Spinnereiarbeiter Karl Jaworek auf Seipel verübte, hat die Popularität des Bundeskanzlers sehr erhöht. Seipel wurde schwer verletzt, der ärztlichen Kunst und der Pflege der Ordensschwestern gelang es aber, ihn wieder herzustellen.

Dreimal hat Dr. Seipel das Amt des österreichischen Bundeskanzlers inne gehabt. Neben der finanziellen Sanierung im Jahre 1922 war wohl seine größte Leistung, daß er den österreichischen Bundesstaat über die revolutionäre Krise vom 15. Juli 1927 hinweggeführt hat. — In den letzten Jahren war Dr. Seipel durch den schlechten Zustand seiner Gesundheit behindert, so aktiv wie früher in die Politik eingegriffen. Das Amt des Obmanns der Christlich-Sozialen Partei gab er an den Minister Langgössl ab. Doch blieb sein Einfluß auf die Christlich-Soziale Partei nach wie vor außerordentlich groß.

Der Papst hatte Dr. Seipel zum Prälaten ernannt und ihm im Dezember 1921 die Würde eines päpstlichen Protonotars verliehen. Seipel blieb auch als Bundeskanzler persönlich der einfache und anspruchslose Mann, der er immer gewesen war. Er behielt bis zu seinem Tode